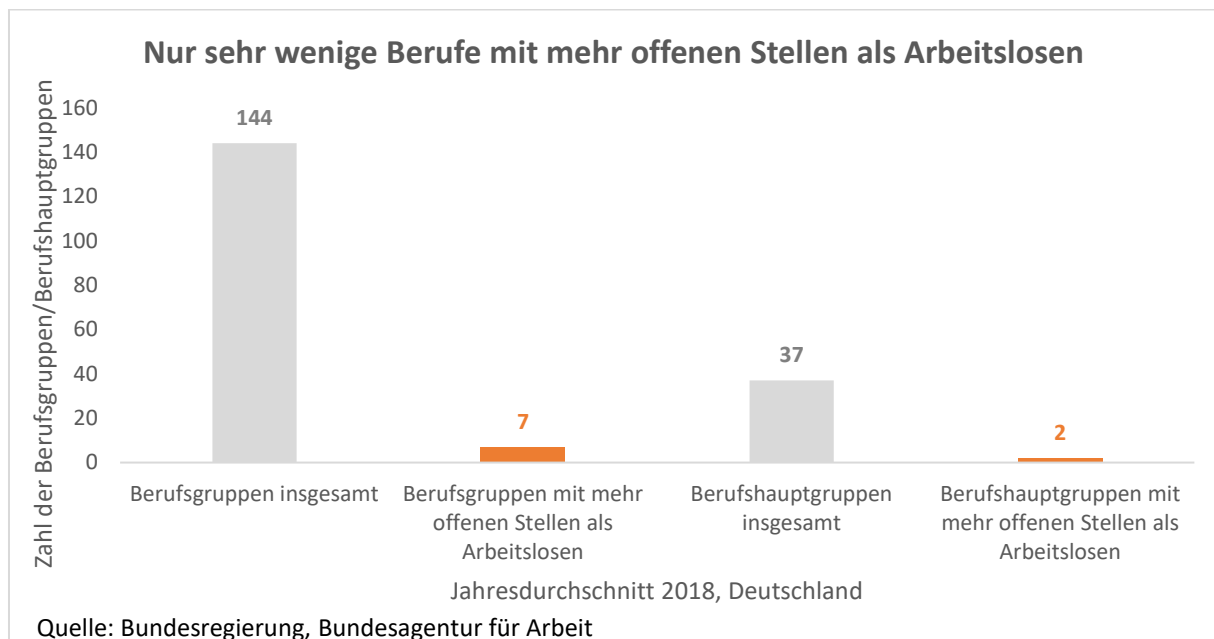


Fachkräftemangel: Mehr Arbeitslose als offene Stellen

Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage »Bedeutung des Fachkräftemangels und Fachkräfteeinwanderungsgesetzes« (BT-Drs. 19/8119) von Susanne Ferschl u.a., Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Obwohl es nur in sehr wenigen Berufen mehr offene Stellen (Arbeitsnachfrage) als Arbeitslose (Arbeitsangebot) gibt, inszeniert die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Fachkräfteeinwanderung den Fachkräftemangel als zentrale Bedrohung für die deutsche Wirtschaft. Dabei sind Löhne und Arbeitsbedingungen entscheidende Ursachen dafür, dass Stellen unbesetzt bleiben. Schon jetzt arbeiten viele Erwerbstätige aus dem Ausland nicht als Fachkraft, sondern als einfache Helfer/in, die besonders stark von prekären Beschäftigungsformen wie Befristungen und Leiharbeit betroffen sind.



Die Bundesregierung begründet ihren Gesetzentwurf damit, dass die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr und die Zahl der offenen Stellen auf rund 1,2 Millionen angestiegen sei.¹ Sie selbst aber zählt für Deutschland in nur sieben Berufs- und zwei Berufshauptgruppen mehr offene Stellen als Arbeitslose. Die Statistik, auf die die Bundesregierung verweist, zählt dabei insgesamt 37 Berufshauptgruppen, 144 Berufsgruppen, 700 Berufsuntergruppen und 1.286 Berufsgattungen.

Gleichzeitig ist in Berufen, in denen die Bundesregierung Fachkräftemangel konstatiert, die Zahl der Eintritte von Teilnehmenden in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) gesunken und im Vergleich zur Zahl der Arbeitslosen verschwindend gering. Auch die betriebliche Weiterbildung stagniert bzw. ist die Teilnehmerquote sogar gesunken, was Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Arbeitgeber weckt, die ebenfalls vor Fachkräftemangel warnen und über mangelnde Qualifikation von Bewerbern klagen. Auffallend hoch ist hier der Anteil in der Bevölkerung ohne anerkannte Berufsausbildung. Auch spielen Arbeitsbedingungen und Löhne eine wichtige Rolle bei der Personalsuche. Schon jetzt sind ausländische Beschäftigte deutlich stärker von Befristungen und Leiharbeit betroffen, als deutsche.

O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Die Bundesregierung dramatisiert wider besseren Wissens den Fachkräftemangel. Ihr Fachkräfteeinwanderungsgesetz steht auf tönernen Füßen. Sie gibt zu, dass die Ursachen der erfolglosen Personal-

¹ Vgl. Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des BMI, Kabinettsfassung, Reinschrift, vom 19.12.2018, S. 1, A. Problem und Ziel, <https://bit.ly/2UPWiNZ> und <https://bit.ly/2U8XYOt>

suche der Unternehmen häufig schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne sind. Schon heute sind Beschäftigte anderer Herkunft besonders stark von prekärer Arbeit betroffen. Ganz offensichtlich will die Bundesregierung an ihrem Geschäftsmodell ‚Dumpinglöhne‘ festhalten und den ohnehin schon immensen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen weiter erhöhen. Deutschland braucht Zuwanderung. Konkurrenz und Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir nicht. Ich fordere die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen entsprechend zu justieren. Wir brauchen unbefristete Arbeit, Tarifverträge und einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Das schützt alle Beschäftigten.“

Ergebnisse im Einzelnen:

Die Zahl der **Berufsgruppen und Berufshauptgruppen mit mehr offenen Stellen als Arbeitslosen** ist sehr gering:

- Im Jahresdurchschnitt 2018 war in nur 7 von 144 Berufsgruppen und in nur 2 von 37 Berufshauptgruppen ist die Differenz von gemeldetem Stellenbestand und Bestand an Arbeitslosen positiv (s. Antwort auf Frage 1 und 2, S. 2ff., Tabelle 2 zu Frage 1, 2 und 3, S. 31 im Anhang für 2018, Deutschland und Angaben und Graphik der dieser Auswertung beigefügten Excel-Datei).
- Die BA-Statistik zählt dabei insgesamt 37 Berufshauptgruppen, 144 Berufsgruppen, 700 Berufsuntergruppen und 1.286 Berufsgattungen.²
- Selbst in den Berufen, in denen es mehr offene Stellen als Arbeitslose gibt, **muss** dies jedoch **noch kein Anzeichen für Probleme bei der Stellenbesetzung sein**, sondern kann „auch Ausdruck normaler Fluktuation, eines konjunkturellen Aufschwungs oder eines Strukturwandels sein“ (s. Antwort zu Frage 1, S. 2).
- Zählt man gar die **Arbeitssuchenden insgesamt** (arbeitslose Arbeitssuchende und nicht-arbeitslose Arbeitssuchende), reduzieren sich die Berufsgruppen mit mehr offenen Stellen als Arbeitssuchenden auf 5 und die Berufshauptgruppen auf 0 (s. Tab. 2 zu Frage 1 bis 3, S. 31 im Anhang für das Jahr 2018, Deutschland).

Für sog. **MINT-Berufe** (Berufe, für deren Ausübung ein hoher Anteil an Kenntnissen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik erforderlich ist) stellt die Bundesregierung bei Zugrundelegung des Kriteriums „Bestand an gemeldeten Stellen übersteigt Bestand an Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden“ auf Fachkräfteebene **bundesweit einen erhöhten Bedarf fest** (s. Antwort zu Frage 4, S. 4).

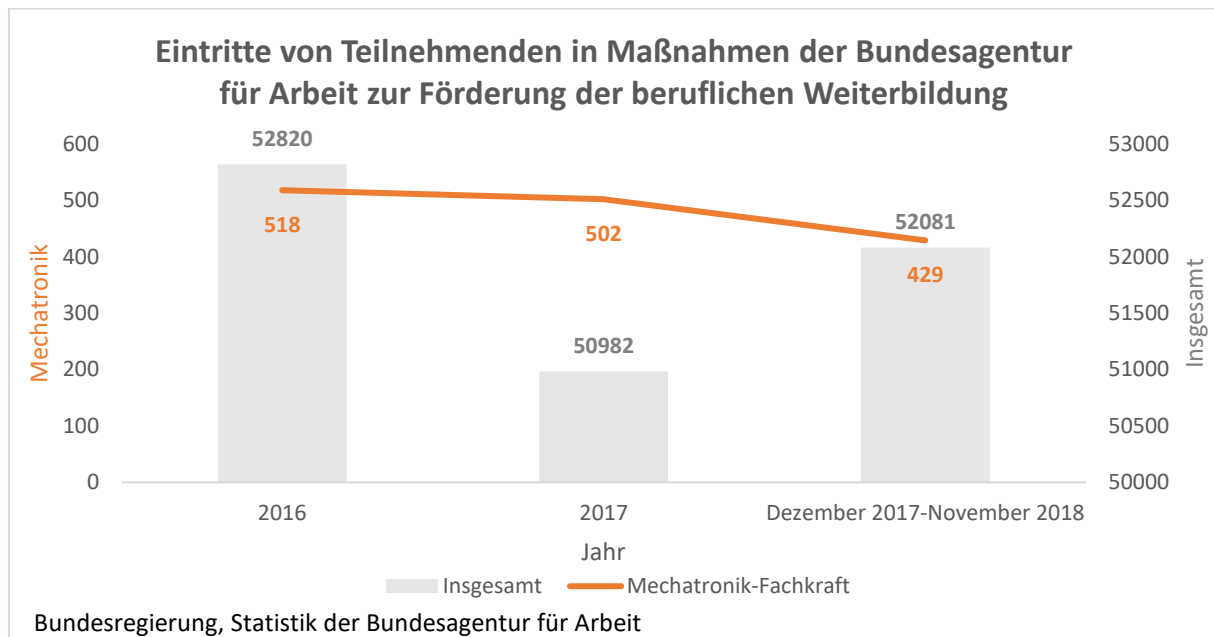
- Laut Tabelle überstieg im Jahresdurchschnitt 2018 der Bestand gemeldeter Stellen für Fachkräfte-Mint-Tätigkeiten die **Zahl der Arbeitslosen** in diesem Berufszweig um 16.346.
- Die weiter gefasste **Zahl der Arbeitssuchenden** (arbeitslose Arbeitssuchende und nicht-arbeitslose Arbeitssuchende) übertraf die Zahl der gemeldeten Stellen allerdings um 121.426.
- Untergliedert in Mathematik-, Naturwissenschaften-, Informatik- und Technikfachkräften gibt es **bei den Technik-Fachkräften deutlich mehr offene Stellen als Arbeitslose**, bei Informatik, Mathematik, Naturwissenschaften aber gibt es mehr Arbeitslose als offene Stellen.
- Bei allen genannten Zweigen gibt es zudem mehr Arbeitssuchende als offene Stellen.
- In den **MINT-Berufen insgesamt gibt es mehr Arbeitslose als offene Stellen** (s. Tabelle 2 zu Frage 4, Deutschland, 2018, S. 48 im Anhang).

Bei **Handwerksberufen** ist bezüglich des Kriteriums „Bestand an gemeldeten Stellen übersteigt Bestand an Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden“ bundesweit ein Engpass zu konstatieren:

- Im Jahresdurchschnitt 2018 betrug die **Lücke im Saldo rund 19.700**.
- Das Gros der Arbeitskräfte fehlte dabei in den Bereichen **‘Mechatronik und Elektrik’** (Differenz rd. 28.000), **‘Klempnerei und Installation’** (11.000) sowie **‘Fahrzeugbau’** (8.800) (s. Antwort zu Frage 4, S. 4).
- Gleichzeitig aber waren im Bereich „Mechatronik-Fachkraft“ die Eintritte von Teilnehmenden in Maßnahmen zur **Förderung der beruflichen Weiterbildung der BA** in den vergangenen drei

² Vgl. Antwort auf Frage Nr. 2 und in der dort genannte Quelle der BA, Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010), S. 16, hier: <https://bit.ly/1kufjQ9>

Jahren **rückläufig**: sie sind von 518 im Jahr 2016 auf 502 im Jahr 2017 und weiter auf 429 im Zeitraum 12/2017 bis 11/2018 gesunken (s. Tabelle 1 zu Frage 9, S. 140).



- Die **Zahl der Arbeitslosen** im Bereich „**Mechatronik und Elektrik**“ lag im Jahresdurchschnitt 2018 bei 14.209 (s. Tabelle 6 zu Frage 4, S. 88). Daraus ergibt sich rechnerisch, dass 2018 von rund 14.200 Arbeitslosen im Bereich „Mechatronik und Elektrik“ nur etwa jeder 33. Arbeitslose (3%) in eine Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung der BA eingetreten ist.
- So auch im Bereich **Klempnerei-Fachkraft**; dort sank die Zahl der Eintritte von Teilnehmenden in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von 14 im Jahr 2016 auf 8 im Zeitraum Dezember 2017 bis November 2018 (s. Tabelle 1 zu Frage 9, S. 140).
- Die Zahl der Arbeitslosen im Bereich „**Klempnerei und Installation**“ lag im Jahresdurchschnitt 2018 bei 22.233 (s. Tabelle 6 zu Frage 4, S. 88). D.h., dass 2018 von 22.233 Arbeitslosen im Bereich „Klempnerei und Installation“ **nur etwa jeder 2.800. Arbeitslose** (0,04%) in eine Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung der BA eingetreten ist.

Obwohl die Bundesregierung den Fachkräftemangel als so dringlich einstuft, dass sie ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz entworfen hat, in dem sie vorgibt, zur Schließung von Lücken „in erster Linie inländische und innereuropäische Potenziale zu heben“³, sind die Eintritte von Teilnehmenden in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nicht nur in von der Bundesregierung genannten drängendsten Bereichen wie oben aufgezeigt gesunken, sondern auch insgesamt:**

- So **sank die Zahl** von insgesamt 52.820 Eintritten von Teilnehmenden 2016 auf 50.982 2017. Zwar stieg die Zahl im Zeitraum 12/2017 bis 11/2018 wieder auf 52.081, lag damit aber immer noch unter der Zahl von 2016 (s. Tabelle 1 zu Frage 9, S. 140).
- Auch nach der weiter gefassten, über das Kriterium „Bestand an gemeldeten Stellen übersteigt Bestand an Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden“ hinausgehenden Fachkräfteengpassanalyse der BA auf Fachkräfteebene wurden im Jahr 2018 bundesweit rund 70.100 Arbeitslose und 133.000 Arbeitssuchende in Engpassberufen gezählt (s. Antwort zu Frage 6, S. 5).

Nicht nur die Eintritte von Teilnehmenden in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung der BA waren in den vergangenen drei Jahren rückläufig (s. Auswertung oben), **auch die betriebliche Weiterbildung verzeichnete zuletzt sinkende Teilnahmequoten** (2014: 37%, 2016: 36%).

³ Vgl. Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, Kabinettsfassung, Reinschrift, BMI vom 19.12.2018, S. 1, A. Problem und Ziel: <https://bit.ly/2UPWiNZ> und <https://bit.ly/2U8XY0t>

Schon 2012 lag die Teilnahmequote bei der betrieblichen Weiterbildung bei 35 Prozent (s. Frage 24, S. 17). Diese weitgehende Stagnation steht im Widerspruch zu dem auch von der Wirtschaft seit Jahren beklagten Fachkräftemangel und der mangelnden Qualifikation von Bewerbern sowie den ebenfalls proklamierten steigenden Anforderung durch die Digitalisierung/Arbeit 4.0.

Der Gesetzentwurf geht nicht auf die **Ursachen für einen möglichen Fachkräftemangel** ein. Auf die Frage, inwieweit **niedrige Löhne und allgemein unattraktive Arbeitsbedingungen** begründen, dass offene Stellen unbesetzt bleiben, antwortet sie, dass die Arbeitsbedingungen und die Löhne eine wichtige Ursache dafür sind, dass die Personalsuche erfolglos bleibt (s. Antwort zu Frage 14, S. 8ff.):

- Im Vergleich zeigt sich, unter Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), „dass die **Nicht-Akzeptanz der Arbeitsbedingungen einer Stelle noch häufiger zum endgültigen Abbruch** der Personalsuche führt, als dies bei zu hohen Lohn-, bzw. Gehaltsforderungen der Fall ist.
- Vor allem in den Bereichen **Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit, Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus** wird dieser Grund häufig bei dem endgültigen Abbruch der Personalsuche genannt. In allen anderen Berufshauptgruppen wird er bei bis zur Hälfte aller endgültig abgebrochenen Suchprozesse angegeben.
- Hingegen spielen **zu hohe Lohn- und Gehaltsforderungen** in den Bereichen **Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung, Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung** mehr als in anderen Gruppen eine Rolle. Dieser Grund wird hier bei knapp der Hälfte aller endgültigen Suchabbrüche angegeben.“ (s. Antwort zu Frage 14, S. 12).

Das spricht dafür, dass allgemeine Arbeitsbedingungen und Löhne eine zentrale Rolle spielen, dass offene Stellen unbesetzt bleiben bzw. die Personalsuche erfolglos bleibt, wie bspw. der Bereich Gesundheit und Soziales, unter den auch die Altenpflege fällt, und die Bereiche Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit sowie der Handel und das Gastgewerbe zeigen. Dass Lohn- und Gehaltsforderungen im Bereich Produktion und Fertigung eine wichtige Rolle spielen, könnte dafür sprechen, dass Mechatroniker vielleicht einfach nur besser bezahlt werden müssten, um offene Stellen erfolgreich zu besetzen.

Erwerbstätige Personen aus der EU und aus Drittstaaten scheinen für vergleichsweise einfache Tätigkeiten beschäftigt zu werden:

- Jeder Vierte (26,8%) aller erwerbstätigen Personen aus Drittstaaten ist nur als Helfer/in erwerbstätig (EU-Staatsangehörige: 23,2%; Deutsche: 8,5%) (s. Antwort zu Frage 31).
- Rund jeder zweite Erwerbstätige aus Drittstaaten (46,5%) ist dabei ohne anerkannte Berufsausbildung (EU-Staatsangehörige: 34,6%; Deutsche: 14,1%) (s. Antwort zu Frage 31, S.20).
- Allerdings erscheint auf die Bevölkerung bezogen mit 22,2% auch der Anteil der Deutschen, die 15 Jahre und älter sind, aber keine anerkannte Berufsausbildung haben, sehr hoch. Das verweist auf große hausgemachte Defizite im Bildungs- und Ausbildungssektor, die mit für einen möglichen Fachkräftemangel verantwortlich zeichnen dürften.
- Jeder Vierte (25,6%) in der Bevölkerung ab 15 Jahren und älter in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte) in Deutschland hat keine anerkannte Berufsausbildung (Deutsche: 22,2%; EU-Staatsangehörige: 41,2%; Dritt-Staatsangehörige: 58,9%) (s. Antwort zu Frage 31., S. 20).

Abhängig Beschäftigte aus dem EU-Ausland und aus Drittstaaten sind mehr als doppelt bzw. mehr drei Mal so stark von **befristeter Beschäftigung und Leiharbeit** betroffen als deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (s. Antwort zu Frage 32, S. 21).

